

Interfraktionelle Motion GFL/EVP, FDP/JF (Francesca Chukwunyere, GFL/Therese Streit, EVP/Vivianne Esseiva, FDP): Gesamtschau der mannigfaltigen Integrationsangebote als staatliche Aufgabe definieren

In der interfraktionellen Interpellation zur Reorganisation des Kompetenzzentrums Integration im 2021 wurde der Gemeinderat unter anderem gefragt, ob es eine Gesamtschau zu allen im Bereich Migration/Integration tätigen Organisationen und deren Aufgaben, Angeboten und Finanzierung gebe.

In seiner Antwort hält der Gemeinderat dazu fest, dass es diese nicht gebe und er eine solche auch nicht für sinnvoll hält.

Im Rahmen einer Auftragsarbeit für die AKiB hat die isa-Fachstelle Migration eine nicht abschliessende Zusammenstellung der in diesem Bereich in Bern und Agglomeration tätigen Trägerschaften erstellt. Die Liste beinhaltet 117 verschiedene Trägerschaften mit mehr als 270 Angeboten. Gleichzeitig wird festgestellt, dass es viele Doppelspurigkeiten in den Angeboten gibt und andererseits fast alle Organisationen über mangelnde Finanzierung/Ressourcen klagen und darüber, dass die Nachfrage das Angebot übersteige.

Aus dieser Perspektive liegt der Rückschluss nahe, dass eine bessere Koordination zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten beitragen könnte und eine Bündelung der Angebote einerseits dazu beitragen würde, das Angebotsspektrum übersichtlicher für die Benutzer*innen zu gestalten und die vorhandenen knappen Mittel effizienter und zweckmässiger einzusetzen. Das für eine solche Koordinationsstelle eingesetzte Geld käme so der Migrationsbevölkerung in doppelter Weise zugute.

Nur eine staatliche Stelle hat die institutionelle Macht, die Informationen über diese Angebote in allen Trägerschaften einzufordern und eine entsprechende Liste zu erstellen, die Angebote zu vernetzen und Doppelspurigkeiten wo möglich zu vermeiden. Auch eine gewisse Kontrollfunktion über die Inhalte und Motivation für die Angebote ist nur über eine staatliche Stelle machbar.

Die Stadt Bern hat als Stadt der Nachbarschaften und Partizipation ein grosses Interesse daran, die rund 25% der Bevölkerung, welche nicht über einen Schweizer Pass verfügt, besser zu inkludieren.

Forderung

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Aufgabenprofil der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen um die Koordination der diversen und vielfältigen Integrationsangebote in der Stadt Bern zu erweitern und entsprechende Ressourcen dafür bereit zu stellen oder diese Aufgabe an eine geeignete Stelle per Leistungsauftrag zu vergeben.

Diese Koordination muss folgende Themen beinhalten:

1. Führen einer Liste sämtlicher Integrationsangebote aller Trägerschaften (staatliche, private, kirchliche usw.) in der Gemeinde Bern, die allen Anbietern zur Verfügung steht.
2. Vernetzung derselben untereinander
3. Soweit möglich Vermeidung von Doppelspurigkeiten

Minimale Qualitätskontrolle auch in Bezug auf die Motivation der Trägerschaften

Bern, 03. März 2022

Erstunterzeichnende: Francesca Chukwunyere, Therese Streit-Ramseier, Vivianne Esseiva

Mitunterzeichnende: Lukas Gutzwiller, Mirjam Roder, Tanja Miljanovic, Marcel Wüthrich, Simone Richner, Tom Berger, Bettina Jans-Troxler, Brigitte Hilty Haller

Antwort des Gemeinderats

Die Aufgaben der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen (FMR) sind in der Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (Organisationsverordnung; OV; SSSB 152.01) festgehalten. Eine allfällige Erweiterung des Aufgabenbereichs in der Organisationsverordnung liegt in der Kompetenz des Gemeinderats. Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft somit inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Der Gemeinderat anerkennt die Bedeutung einer Übersicht über die Angebotslandschaft im Integrationsbereich für die unterschiedlichen Trägerschaften als Orientierung bei der Konzeption neuer Angebote und zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten. Er ist deshalb bereit, die Anliegen der Richtlinienmotion zu prüfen. Die Bedarfserhebung der AKiB wird dabei eine wichtige Grundlage sein. Bereits jetzt bestehen diverse Gefässe zur Vernetzung der Trägerschaften. Der Gemeinderat beabsichtigt, sich diesbezüglich einen Überblick zu verschaffen und gegebenenfalls eine Konsolidierung anzustreben und die Gefässe noch zugänglicher und bekannter zu machen. Zudem sollen Vernetzungsangebote der Stadt auf allfällige Doppelspurigkeiten und Lücken überprüft werden.

Hinsichtlich der Steuerung und Qualitätskontrolle von Angeboten privater Trägerschaften, mit denen keine Leistungsverträge bestehen, ist der Handlungsspielraum des Gemeinderats sehr klein. Er hat keine gesetzliche Grundlage, Informationen einzufordern oder Qualitätskontrollen vorzunehmen. Er wird aber prüfen, ob er diesbezüglich die freiwilligen und informellen Möglichkeiten noch besser ausschöpfen kann.

Folgen für Personal und Finanzen

Die Folgen für das Personal und die Finanzen können zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden und werden im Rahmen der Richtlinienmotion geprüft. Angesichts der Finanzlage der Stadt hält der Gemeinderat fest, dass der Spielraum für zusätzliche Koordinationsaufgaben der FMR sehr eng ist und er keine zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung stellen kann, um diese Koordination mit einem Leistungsvertrag auf Dritte zu übertragen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 17. August 2022

DerGemeinderat